



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Lernen und Leistungserhebung an die Pandemie anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass

1. aufgrund der nach dem ersten Schulhalbjahr erkannten Lernstände allen Schülerinnen und Schülern adäquate und langfristige Förderungen ermöglicht werden,
2. nicht durch unangepasste Leistungserhebungen – insbesondere durch das Übertrittsverfahren – in diesem Schuljahr weiterer Druck auf die Schülerinnen und Schüler entsteht,
3. im Schulalltag verstärkt auf die sozial-emotionalen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen Rücksicht genommen wird.

Begründung:

Die Unterrichtsstunden, die nicht in Präsenz gehalten werden konnten, summieren sich inzwischen auf tausende Unterrichtsstunden. Nahezu die Hälfte des Lernprogramms konnte in den letzten drei Schuljahren nicht durchgeführt werden. Ein nicht unerheblicher Teil der Schülerinnen und Schüler liegt deutlich hinter dem notwendigen Lernfortschritt – aus unterschiedlichen Gründen. Wir brauchen nicht nur ein Nachholprogramm für eine bestimmte Gruppe von Schülerinnen und Schülern, sondern ein Programm, von dem alle Schülerinnen und Schüler profitieren können. Wir müssen weiterhin alles tun, dass die negativen Folgen von Corona sich nicht in den fehlenden Bildungschancen – insbesondere aufgrund von fehlenden Sprach- und Lesekompetenzen – einer ganzen Generation von Kindern und Jugendlichen niederschlagen.

Es fehlt weiterhin ein tragfähiges, durchdachtes Konzept, welche Konsequenzen diese unterschiedlichen Lernstände haben werden. Es fehlt vollständig die Erläuterung, wie und wann die Schulen Lernstandserhebungen durchführen, die ja Grundlage für jedes Förderprogramm sein müssen. Eine kontinuierliche Bestandsaufnahme ist dringend nötig. Diese muss so rechtzeitig erfolgen, damit bis zum Ende des Schuljahres genügend Zeit bleibt für eine intensive Beratung von Schülerinnen und Schülern und Eltern, welche Unterstützung sinnvoll und notwendig ist.

Statt den Lehrkräften zu empfehlen, Leistungserhebungen und Prüfungen mit „Augenmaß“ durchzuführen, muss das Staatsministerium für Unterricht und Kultus für alle Schularten und alle Jahrgänge klare Richtlinien erlassen. Andernfalls sind die Leistungserhebungen nicht mehr vergleichbar.

Schule ist als Raum für Gemeinschaftserlebnisse in der Pandemie stärker gefragt als jemals zuvor. Diesem Aspekt muss deutlich Vorrang vor unterrichtlichem Geschehen gegeben werden.